

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gef. Ad. Schieb, Postleiter, u.
Dr. Berndt, u. Breitkopf & Ede,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
J. W.: O. Eisner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Posener Zeitung

Hundertunddritter Jahrgang.

Jg. 403

Donnerstag, 11. Juni.

1896

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal,
an dem auf die Sonne und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zweimal.
Preis 1,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Westfalen 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgaben
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Deutscher Reichstag.

101. Sitzung vom 10. Juni, 2 Uhr.

(Nachdruck nur nach Nebereinkommen gestattet.)

Die dritte Verabschiedung der Gewerbeordnungsnovelle wird fortgesetzt bei Artikel 3.

Artikel 3 unterwirft auch die Konsumvereine (Reichsgesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 § 18 Absatz 5), einschließlich der bereits bestehenden, der Konzessionspflicht für den Ausschank geistiger Getränke, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist. Die Landesregierungen können ordnen, daß die Bestimmungen über die Konzessionspflicht auch auf andere Vereine, einschließlich der bereits bestehenden, selbst dann Anwendung finden, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist.

Ein Kompromiß antrag Jacobssöller-Hize-Stumm will die neue Bestimmung so fassen, daß Vereine, welche den gesellschaftlichen Einlauf von Lebens- und Wirtschaftsbürokraten im Großen und deren Absatz im Kleinen zum ausschließlichen oder hauptsächlichen Zweck haben, einschließlich der bereits bestehenden, den Bestimmungen des § 33 auch unterliegen, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist.

Die Landesregierungen können ordnen, daß die betr. Bestimmungen, mit Ausnahme derjenigen im Absatz 3 unter b, auch auf andere Vereine, einschließlich der bereits bestehenden, selbst dann Anwendung finden, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist. Absatz 3 des § 33 bestimmt unter b, daß die Landesregierungen befugt sind, die Erlaubnis zum Gastwirtschaftsbetrieb oder Ausschank geistiger Getränke in Ortschaften mit weniger als 1500 Einwohnern, sowie in solchen mit größerer Einwohnerzahl, für welche dies auch statutarisch festgestellt wird, von dem Nachweis eines Bedürfnisses abhängig zu machen.

Abg. Schädl (Centr.) beantragt mit Unterstützung anderer süddeutscher Zentrumsgesetzgevoter einen Zusatz zu § 33, wonach durch Landesgesetz angeordnet werden kann, daß der Kleinhandel mit Bier den vorstehenden Bestimmungen über die Konzessionspflicht unterworfen wird.

Die Abg. Auer und Genossen (Soz.) beantragen dem Artikel 3 hinzuzufügen: "Der § 33c der Gewerbeordnung (die Abhaltung von Tanzlufthallen richtet sich nach den landesrechtlichen Bestimmungen) erhält folgende Zusätze: "Sobald die Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten einem Gastrivier nicht verboten, wenn sie einem an demselben Ort seinen Betrieb ausübenden Gastrivier gestattet ist. Wird für den Betrieb des Schankgewerbes eine Polizei- und Bierkonzession erteilt, so muss dieselbe für sämtliche Schankwirtschaften derselben Ortes die gleiche sein."

Abg. Schädl (Centr.) begründet seinen Antrag. Der selbe wolle keine Begünstigung der Wirths, sondern die Sonderstellung der Flaschenbierhändler befreien, da ein Grund für diese Ausnahmestellung nicht zu erkennen sei. In den Kellerlokalen der Flaschenhändler könne die Böllerel, Unstiftlichkeit und Hazardspiel viel eher gegeben als in öffentlichen Wirtschaften.

Abg. Stadthagen (Soz.), bei der im Hause herrschenden Unruhe auf der Seite schwer verständlich) befürwortet den sozialdemokratischen Antrag. Mit der Polizeistunde werde vielfach großer Missbrauch getrieben. So bekomme z. B. ein Wirth, der das Bier einer Brauerei verschänkt, zu deren Aktionären der Amtsvorsteher gehört, leichter Verlängerung der Polizeistunde als ein anderer. Die Wirths seien dadurch sogar gezwungen worden, mit ihrem Bierbezug zu wechseln. Wenn sie ihre Lokale zu Arbeiterversammlungen hergeben, seien man sie auf Polizeistunde. Gründe dafür brauche die Polizei nicht anzugeben. Sieht sie nur Stat., Rauf- und Saufkluds nicht an die Polizeistunde gebunden, während Vereine, die wirklich kulturelle Zwecke verfolgen, und Arbeitervereine völlig abhängig seien von der Willkür der Ortspolizei.

Inzwischen ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Schädl eingegangen.

Abg. Werner (Antil.) erklärt sich unter persönlichen Vorwürfen gegen den Abg. Lenzmann für den Antrag Schädl.

Abg. v. Salisch (Ton.) tritt Namens seiner Partei für den Antrag Schädl ein.

Geheimrat Grüner äußert Bedenken gegen den Antrag Schädl. Es sei richtig, daß mit dem Kleinhandel mit Bier Wirkungen verbunden seien, denen aber die Vorlage auf anderem Wege abhelfe. Der Antrag Schädl lasse sich in der Praxis mit Erfolg nicht durchführen. Selbst eine strengste Prüfung der Bedürfnisfrage könne nur die Zahl der Flaschenbierhändler, nicht aber den Umgang des Handels einschränken. Die Gastriviere würden also keinen Vortheil haben. Andererseits würde dadurch eine Ungleichheit in den einzelnen Staaten herbeigeführt werden. Ausgabe der Gesetzgebung könne es aber nicht sein, die Konkurrenz niederzuhalten.

Abg. Neumann (Fr. Volksp.): Ich muss mich gegen die Vorwürfe des Abg. Werner verwahren. Es ist mir durchaus nicht in den Sinn gekommen, die Wirths herabzusehen, indem ich sie als minderwertige Ware bezeichnete. Wenn ein Gastrivier über meine in der ersten Sitzung gehabten Rede sich betrübt zeigt, so verstehe ich das. Wenn aber ein Kollege aus dem Reichstag ohne meine Rede gehört, verstanden oder gelesen zu haben, mit der Behauptung auftritt, ich hätte einen Ton angeschlagen, der nicht hierher gehört, so bedaure ich nur, daß ich nicht in der Lage bin, einer solchen Antwort die gebührende Abstreitung zukommen zu lassen. Ich habe den Flaschenverkauf in Schutz genommen, ohne gegen die Wirths das Mindeste zu sagen. Durch den Antrag Schädl wird eine große Reihe von kleinen Leuten unter Polizeiaufsicht gestellt. Herr Schädl hat mir vorgeworfen, mein Standpunkt sei der des östlichen Manchesterthums. Ja, wenn das östliche Manchesterthum sich im Gegensatz zu der Staatsverwaltung und Staatsaufsicht befindet, so nenne ich mich mit Stolz Manchestermann, denn das ist besser, als eine ganze Kategorie ehrlicher Leute unter Polizeiaufsicht zu stellen. Eine so große Menge von Leuten unter die Allmacht der Polizei zu stellen, ist aber auch politisch bedenklich. Gerade das Centrum sollte es sich überlegen, ob

ein solches Vorgehen zweckmäßig ist. In der Zeit eines neuen Kulturlampfes wird es ihm sicher nicht lieb sein, wenn so viele kleine Leute Slaven der Polizei sind. Der Vergleich der Flaschenbierhändler mit den Wirthen trifft nicht zu, denn diese werden nicht unter Polizeiaufsicht gestellt, weil sie bestimmte Waren verkaufen, sondern wegen der Umstände, unter denen sie sie verkaufen. In Wirthshaus ist Gelegenheit geboten, seine Zeit im Nichtstun zu verbringen, dort ist Anreizung zur Böllerel, zum Trunk und zur Unstiftlichkeit vorhanden. Gerade deshalb überwacht die Polizei die Wirthshäuser. Alle diese Momente fallen beim Flaschenbierhandel fort oder bestehen nur da, wo direkt Weißbrücke getrieben werden. Aber diese Ungeheuerlichkeiten können auf Grund der jeglichen Gesetze in ausgleichbare Maße getroffen werden. Es bedarf nur der Schaffung einer Sitzgelegenheit, eines Stuhles oder der Hingabe eines Glases, um sofort einzuschreiten, falls eine polizeiliche Konzession nicht vorhanden ist. Schließlich könnte man ja auch sämtliche Weißbrücke und selbst die Klöster unter Polizeiaufsicht stellen. (Unruhe im Centrum.) Ich warne Sie deshalb dringend, den Antrag anzunehmen, zumal da er auch der Reichsverfassung widerspricht. Es wäre Pflicht der Regierung, diesen Punkt hervorzuheben. Es wird hier in unerhörter Weise die Kompetenz der Reichsregierung durchbrochen. Überhaupt macht sich ja jetzt, wie wir das auch neulich bei den Beratungen über das Biergesetz gesehen haben, überall das Bestreben geltend, die Kompetenz der Landesregierungen über die des Reiches zu stellen.

Unterstaatssekretär v. Wölk: Vieles in der Rede des Vorsitzers war mir sehr sympathisch, nur gegen den Schluss seiner Rede möchte ich mich wenden, wo er den verbündeten Regierungen den Vorwurf macht, sie duldeten es, daß die Reichsbehörde des Reiches durchbrochen werde. Hier muss ich dem Abg. Lenzmann widersprechen. Geheimrat Grüner hat ja schon dargelegt, daß die Regierung aus praktischen Gründen sich gegen den Antrag Schädl aussprechen müsse.

Abg. von Kardorff (Reichsp.) beantragt Schluß der Debatte.

Abg. Richter (Frei. Volksp.) beantragt über den Schlußantrag namentlich abzustimmen, und versichert, jedesmal, wenn wieder ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht werde, den Antrag auf namentliche Abstimmung zu wiederholen.

Abg. von Kardorff: Wenn der Abg. Richter meint, uns dadurch abzuschreien, so ist er sich, wir werden abwarten, was das Land zu solcher Obstruktion sagt.

Die namentliche Abstimmung über den Schlußantrag ergibt mit 139 gegen 123 Stimmen dessen Ablehnung.

Abg. von Kardorff (Reichsp.): Ein Grosz des Zentrums, die Konservativen, sowie die Antisemiten und einige Mitglieder der Reichspartei. Das Gros der Zentrumsstimmen stammten von den Freiheitlichen Volkspartei, die Freiheitlichen Vereinigung, die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Polen, die Antisemiten und der größere Theil der Nationalliberalen.

Artikel 3 wird in der Fassung des Antrages Stumm-Hize an-

genommen gegen die Stimmen der beiden freien Parteien, Deutschen Volkspartei, Sozialdemokraten und eines kleinen Theils der Nationalliberalen.

Die Abstimmung über den Antrag Schädl ist auf Antrag Richter eine namentliche und ergibt mit 103 gegen 155 Stimmen die Ablehnung des Antrages.

Für den Antrag stimmen das Gros des Zentrums, die Konservativen, sowie die Antisemiten und einige Mitglieder der Reichspartei. Da gegen die Freiheitlichen Volkspartei, Freiheitlichen Vereinigung, Deutsche Volkspartei, Sozialdemokraten und die Nationalliberalen, Polen, das Gros der Reichspartei und eine beträchtliche Minorität des Zentrums.

Zu dem Antrag Auer betr. die einheitliche Festsetzung der Polizeistunde und Gestaltung von Tanzlufthallen bemerk-

Unterstaatssekretär v. Wölk, daß er die Annahme des Antrages nicht empfehlen könne. Es sei nicht ratsam und auch nicht möglich, daß für alle Fälle eine bestimmte Norm festgestellt werde, man könne hier nur von Fall zu Fall urtheilen. In Berlin beispielweise könne man dem einen Gastwirth im Osten des Reichs sehr wohl erlauben, damit aber nicht zugleich allen anderen in andern Stadttheilen. Den Lustbarkeiten zu verboten, den Arbeitervereinen aber nicht. Weshalb sollten denn gerade die Arbeiter um zwölf nach Hause gehen?

Abg. Stadthagen (Soz.) führt aus, daß man sehr wohl die Polizeistunde generell festsetzen könnte, vor 15 Jahren hätte selbst das Centrum dies gewünscht. Der Antrag Auer wird hierauf gegen die Stimmen der freien Parteien, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Artikel 4 bestimmt, daß, wenn Thatsachen vorliegen, die die Unzulässigkeit des Gewerbetreibenden darthun, auch zu untersagen ist der Handel mit Losen von Lotterien und Auspielungen und, sofern die Handhabung des Gewerbetriebes Leben und Gesundheit der Menschen gefährdet, der Handel mit Drogen und chemischen Präparaten. Der Kleinhandel mit Bier kann untersagt werden, wenn der Gewerbetreibende wiederholt wegen unbefugten Betriebes der Schankwirtschaft bestraft ist.

Die Abg. Fr. v. Stumm, Hize, Jacobssöller beantragen auch den Handel mit Bezugsk- und Anteils- sowie in der betr. Woche aufzunehmen und die Bestimmung über den Drogenhandel dem Artikel 5 einzubereiten.

Abg. Dr. Gasse (nl.) beantragt im Artikel 4 die Worte zu streichen: „und sofern die Handhabung des Gewerbetriebes Leben und Gesundheit der Menschen gefährdet, den Handel mit Drogen und chemischen Präparaten“ und dafür dem § 35 einen besonderen

Inserate werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferne
den Annoncen-Expeditionen
R. Rosse,
Haasenstein & Vogler, A. G.
G. C. Hanke & Co.
Invalidendank.
Verantwortlich für den Verlust:
W. Braun in Posen.
Hanssprech-Anschluß Nr. 200.

Inserate, die schriftgemaß bestellt oder deren Name
in der Morgenansage No. 100, auf der letzten Seite
No. 100, in der Mittagsansage No. 110, an bewegter
Stelle entsprechend steht, werden in der Expedition für die
Mittagsansage No. 100 bis 110 verhandelt, für die
Morgenansage No. 100 bis 110 befreit.

Absatz folgenden Inhalts hinzuzufügen: "Der Handel mit Arzneimitteln (Drogen, chemischen Präparaten und Heilmittelzubereitungen) kann untersagt werden. Demjenigen, welcher stark wirkende Stoffe zu Heilmittelzwecken gefertigt oder verkauft hat und deshalb rechtskräftig bestraft worden ist."

Zugleich wird über Artikel 5 mit debattiert, wonach die Wiederaufnahme des Betriebs mindestens ein Jahr nach der Untersagung von der Landeszentralbehörde gestattet werden kann.

Medizinalrat Dr. Pistor bittet, den Antrag Stumm-Hize-Jacobssöller anzunehmen, den Antrag Dr. Hesse jedoch abzulehnen.

Abg. Dr. Förster (Antil.) erklärt, daß er keineswegs leugne, daß im Drogenhandel Wirkstunden vorhanden seien, die bestreite Hälfte der Drogerien welche erkenne dies auch an. Weder die Vorlage noch die Anteile würden diese ganz beseitigen, den besten Weg schlage noch der Antrag Hesse ein, deshalb würden seine Freunde für diesen stimmen.

Abg. Jacobssöller (Ton.) vertheidigt den Antrag Stumm-Hize. Dem ehrlichen Drogisten wolle Niemand zu Leide.

Abg. Dr. Langerhans (Frei. Bpt.) wendet sich sowohl gegen die Vorlage als auch gegen die dazu gestellten Änderungsanträge, deren Folgen sich heute noch nicht übersehen liegen. Man wisse auch nicht, in welcher Weise die Regierung die Bestimmungen ausführen wolle. Es sei außerordentlich schwer, zu entscheiden, ob Gesundheit und Leben in einem bestimmten Falle gefährdet seien oder nicht. Auf Grund derartiger Vorlage schreibe man doch nicht den Gewerbetrieb eines Drogisten inhibiren. Natürlich sei es besser, sich die Medikamente in der Apotheke zu kaufen, aber diese genügen dem Bedürfnis des Volkes nicht entfernt. Unter diesen Umständen dürfe man den Geschäftsbetrieb der Drogisten nicht mehr erschweren, als durchaus nothwendig und nach den bestehenden Gesetzen durchführbar sei. Die Vorlage würde schlechtlich darauf hinauslaufen, Drogisten erster und zweiter Klasse zu schaffen. (Vorfall links.)

An der weiteren Debatte beteiligen sich Abg. Fr. v. Stumm (Antil.), der den Antrag Hesse als einen Schlag in's Wasser bezeichnet, Abg. Meissner (Cir.), der sich für den Antrag Hesse ausspricht, Abg. Werner (Antil.), Abg. Dr. Kruse (nl.), Abg. Dr. Giese (Cir.), Abg. Dr. Langerhans und Geheimrat Pistor.

Die Abstimmung über den ersten Theil des Antrags Hize bleibt zwiefelhaft. Die Auszählung ergibt, daß 116 Abgeordnete dafür, 115 dagegen sind, der Antrag ist also angenommen. (Große Heiterkeit.) Der Antrag Hesse zu Artikel 5 wird abgelehnt, der zweite Theil des Antrags Hize angenommen. Artikel 6 wird ohne Debatte angenommen, ebenso Artikel 7.

Zu Artikel 7a beantragt Abg. Lenzmann (Frei. Bpt.), dem auf seine Veranlassung in zweiter Lesung angenommenen Artikel 7a folgende Fassung zu geben: "Der § 42b der Gewerbeordnung enthält als fünften Absatz folgenden Zusatz: Kinder unter vierzehn Jahren dürfen, auch wenn eine ortsstatutarische Bestimmung nicht getroffen ist, auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an öffentlichen Orten oder ohne vorangegangige Bestellung von Haus zu Haus gegen einen Betrag von einer halben Mark zu feilbieten. In Orten, wo ein derartiges Feilbieten durch Kinder verhindert ist, darf die Ortspolizeibehörde ein solches für bestimmte Straßenzüge, welche in einem Kalenderjahr zusammen vier Wochen nicht überschreiten, gestatten." Nach kurzer Befürwortung des Antrages durch den Abg. Lenzmann wird der Antrag angenommen.

Darauf vertagt das Haus die weitere Verabschiedung auf Donnerstag 2 Uhr. Schluß 6^{1/4} Uhr.

Braunschweiger Landtag.

Abgeordnetenhaus.

76. Sitzung vom 10. Juni, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Nebereinkommen gestattet.) Bei der Beratung der Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 13. August 1895 betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten erklärt

Abg. vom Rath (nl.), daß seine Freunde sich freuen würden, wenn außer den im Gesetz von 1895 der Regierung zur Verfügung gestellten 5 Millionen noch weitere Mittel zum Bau von Arbeiterswohnungen bewilligt würden. Redner beantragt, die Denkschrift an die Kommission zu verweisen.

Finanzminister Michael führt aus, daß hier auf Kosten der Staatskasse Mittel aufgebracht würden; es sei daher zu wünschen, daß das aufgewendete Kapital eine mögliche Rente bringen würde. Darauf habe die Regierung nach Mahnung der lokalen Verhältnisse eine Verwendung der Mittel eintreten lassen, so daß nach Abzug der Kosten eine mögliche Verzinsung zu erwarten ist.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (fr.) bittet, den Antrag auf Überweisung an die Kommission abzulehnen.

Abg. D. Dasbach (fr.) befürwortet eine Petition von Eisenbahnamt in Saarbrücken um Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses.

Abg. Möller (nl.) schlägt sich den Ausführungen des Vorsitzers an.

Abg. v. Seydelbrand und der Lasa (ton.) erklärt sich gegen Kommissionsberatung.

Abg. Stephan-Beuthen empfiehlt Kommissionsberatung.

Geheimrat Mücke erklärt, daß die Verhältnisse der Eisenbahnamt in Saarbrücken nicht anders liegen als anderswo. Im übrigen seien die Generaldirektionen angewiesen, in einzelnen Fällen die Wünsche der Petenten zu berücksichtigen.

Darauf wird die Denkschrift an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgen Petitionen.

Eine Reihe von Petitionen um Gehalts- und Alterszulagen von Beamten wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Mehrere Petitionen, betreffend die Baupolizeiordnung für die Vororte Berlins sollen nach dem Antrag der Petitionskommission der Regierung zur Erwähnung mit der Aufforderung überwiesen werden, die versprochenen Änderungen der Bauordnung für Panlow, Friedenau und einen Theil von Steglitz eintreten zu lassen.

In der Kommissionsberatung hat sich die Regierung zu einer Änderung in der Bauordnung für die Vororte bereit erklärt.

Es liegt ein Antrag Wallbrecht vor, welcher dahin geht, die Bauordnung für die Berliner Vororte einer Revision zu unterziehen und eventuell eine neue Bauordnung zu erlassen. Die Kommission beantragt hierzu Übergang zur Tagesordnung.

Abg. Felsich (kons.) führt aus, daß die versprochenen Änderungen der Bauordnung gut gemeint seien, aber sie kommen zu spät. Viele Privatinteressen seien schwer geschädigt, da der Werth der Grundstücke bis auf die Hälfte heruntergegangen sei. Es sei nothwendig, doch Abhilfe geschaffen werde.

Abg. Wallbrecht (nl.) begründet seinen Antrag.

Geheimrat Francke bittet, den Antrag Wallbrecht durch Übergang zur Tagesordnung zu erledigen. Im Übrigen beruft sich Redner auf die in der Kommission abgegebenen Erklärungen der Regierung, nach welchen sie eine Änderung der Bauordnung in Friedenau, Panlow und Steglitz in Aussicht gestellt habe.

Abg. Schmidt (Warburg, Ctr.) empfiehlt den Antrag Wallbrecht, der in gesundheitlichem Interesse gestellt sei und den Zweck verfolge, eine Reihe von Grundbesitzern vor dem materiellen Ruin zu bewahren.

Abg. Ritsch (Ctr.) erklärt sich für den Antrag Wallbrecht, Regierungsrat Höpker spricht sich dagegen aus.

Abg. Rückhoff (freit.) erklärt sich für den Antrag Wallbrecht in dem Sinne, daß nicht eine Revision der gesamten Bauordnung, sondern eine Anordnung und Abgrenzung der Landhausbezirke vor-

genommen werden soll.

Nach weiterer Debatte, an welcher sich die Abg. Wallbrecht, Felsich, Schmidt (Warburg) und Geheimrat Francke beteiligen, wird der Antrag der Kommission angenommen, ebenso der Antrag Wallbrecht.

Durch Übergang zur Tagesordnung werden erledigt Petitionen um Wiederverleihung einer Fischereiberechtigung in der Elbe, um Aufzehrung der Deichabgaben in Elbing und um Errichtung eines Amtsgerichts in Reichthal, Kreis Namslau.

Zur Verhöldigung überwiesen wird eine Petition wegen Ablehnung der Zahlung eines Beitrages zu den Armenlasten durch die Ansiedlungskommission; der Regierung zur Erwähnung eine Petition, betreffend das Hundsteuer-Reglement in Trendelburg.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Berathung des aus dem Herrenhause zurückgekommenen Gesetzes über die Richtergehälter.)

Schluß 3½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 10. Juni. [Der Reichstag] hat heute drei namentliche Abstimmungen durchmachen müssen, eine über einen Kardorffischen Schlusshandtraz zur Berathung über den Antrag Schädlers, wonach der Flaschenbierverkauf konzessionspflichtig gemacht werden soll. Die zweite Abstimmung galt diesem Antrage Schädlers selber, der mit ganz statlicher Mehrheit abgelehnt wurde, die dritte der beiden Paragraphen, wonach untersagt resp. beschränkt wird der Handel mit Sprengstoffen, mit Lotterielosen, mit Bezugs- und Antheilscheinen auf solche Lose, endlich mit Drogen und chemischen Präparaten, die zu Heilzwecken dienen, wenn die Handhabung des Gewerbebetriebs Leben und Gesundheit von Menschen gefährdet. Mit Schlusshandträgen kamen die Konservativen nicht wieder, nachdem der erste derartige Versuch, der Kardorffische, zu einer empfindlichen Verlängerung der wenig anregenden, wenn auch vielfach aufgeregten Debatte geführt hatte. Über die Einzelheiten der Verhandlung ist kaum noch etwas zu sagen. Dagegen will es doch bemerket werden, daß die Mehrheit für die Verschlechterung der Gewerbefreiheit theils zusammenbrach, so beim Antrag Schädlers, theils gegen die zweite Besetzung zusammengetrommelt schien, so bei der Abstimmung über die beiden zuletzt erwähnten Paragraphen, die mit nur 116 gegen 115 Stimmen durchgedrückt werden konnten. Herr v. Stumm meinte zu einem Verbesserungsantrage Hesse in ärgerlichem Tone, man dürfe mit den Milderungen nicht zu weit gehen; die Abschwächungen müßten doch schließlich einmal irgendwo eine Grenze haben, wenn etwas Praktisches zu Stande kommen sollte. Die Belästigungen einer ganzen Reihe von ehrlich geführten Betrieben, in denen sich Tausende aus dem Mittelstande schlecht und recht ernähren, nennt der Abg. v. Stumm also "praktische." Abgelehnt wurde u. A. ein sozialdemokratischer Antrag, wonach die Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten einem Gastwirth nicht versagt werden kann, wenn sie einem in demselben Orte seinen Betrieb ausübenden Gastwirth geöffnet worden ist. Für den Antrag stimmten auch einige Nationalliberale. Die Absicht bei der Forderung, die jetzt herrschende polizeiliche Willkür auf diesem Gebiete auszuschließen, ist gewiß billigenswerth, und es würde sich doch verlorenen, den guten Kern des gescheiterten Antrags bei besserer Gelegenheit in anderer Form herauszuholen und, wenn möglich, zu verwirklichen.

Das "Marineverordnungsblatt" veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung vom 3. Juni, wodurch den Marinestationssäulen in der Rang von Oberstleutnants, das Grade absetzen eines Generalarztes zweiter Klasse der Marine sowie der Diensttitel als Stationsarzt der Marinestation der Ostsee bzw. Nordsee verliehen wird.

Die offiziöse "Berl. Corr." demontiert die Nachricht der "Frei. Btg." wonach der Justizminister einem jüdischen Assessoren gegenüber sich dahin ausgesprochen habe, daß er von dem Grundsatz ausgehe, nur so viele jüdische Richter anzustellen, als das Verhältnis der Zahl der christlichen Bevölkerung zur jüdischen Bevölkerung ergebe. Diese Mittheilung beruht auf Erfindung. Der Justizminister hat weder eine solche, noch eine ähnliche Neuherzung gethan.

Wie der "Börsen-Btg." von parlamentarischer Seite berichtet wird, tritt morgen Vormittag eine sog. "freie Kommission" zusammen zur Berathung weiterer Schritte eines Vertragsnotgeldes. An dieser Kommission werden sich alle Parteien des Reichstages, mit Ausnahme der beiden konservativen Fraktionen, beteiligen. Für das Reichsnotgeld sollen nur zwei Bestimmungen vorgeschlagen werden: erstens die Aufstellung des Verbots des Inverbindigtretens politischer Vereine unter ein-

ander und zweitens die ausdrückliche Erklärung, daß Vereine, welche die Errichtung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen anstreben, nicht als politische gelten sollen. Über den ersten Punkt herrscht allgemeine Übereinstimmung, auch für den zweiten scheint eine Mehrheit gesichert. Es liegt, falls der Bundesrat sich ablehnend verbüllt, in der Absicht, die umfassende Agitation zur Beseitigung des bestehenden Vereinsgesetzes in die Wege zu leiten. Der Beschluss der "freien Kommission" wird Herrn v. Bötticher privat mitgetheilt werden; man erwartet von ihm, daß er sich über die Stimme des Bundesrats informirt und, wenn am Schwerinstag der nächsten Woche der Antrag im Reichstage zur Verhandlung kommt, eine klare und bestimmte Antwort geben wird.

— Das Herrnhaus hält seine nächste Sitzung am 18. d. M. ab. Auf der Tagesordnung stehen Anträge bezw. Berichte zu Petitionen, u. a. auch der Petition des Oberbürgermeisters Bender-Breslau und Gen. Namens der südlichen Behörden von 28 schlesischen Städten und des Magistrats von Hannover um Abänderung des Gesetzes vom 23. Juli 1893 betr. Ruhegehaltsklassen für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen. Die Kommission beantragt Überweisung der Petitionen als Material zur Gesetzgebung. Zur Berathung steht auch der Antrag Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode u. Gen. um Verbot der Einführung russischer Schweine nach Oberschlesien zur Verhinderung der Einschleppung von Viehseuchen, sowie um Ermäßigung der Eisenbahnfrachtfäße für die Einfuhr von Schweinen aus den Ostprovinzen nach dem oberschlesischen Industriebezirk.

— Die "Nord. Allg. Btg." sieht ihre Demands in Sachen Babsford fort. Die "Rhein.-Westl. Btg." hatte behauptet, "Anfangs fand er — Babsford — beim Staatssekretär im Reichspostamt, von Stephan, verschlossene Thüren. Mit Hilfe des englischen Postchefs soll er aber einen sehr einflußreichen Befürworter beim Generalpostmeister gefunden haben, man nennt als solchen den Staatssekretär im Auswärtigen Amt." Da sagt nun die "Nord.": Die Behauptung, daß von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes oder einem anderen Mitgliede dieser Behörde in der fraglichen Angelegenheit zu Gunsten des Herrn Babsford bzw. im Sinne der Abwendung eines gerichtlichen Verfahrens eingegriffen worden sei, beruht ihrem ganzen Inhalte nach auf Erfindung.

— Es verlautet dem "Hirsch'schen Telegr. Bur." zufolge, daß über den schiedsgerichtlichen Antrag des Lippeischen Thronfolgestreites eine Einigung in Aussicht steht.

— Die Angriffe auf die Bedingungen, unter denen die Gewährung besonderer Fahrpreise ermöglichten für gewerbliche Arbeiter zum Besuch der Berliner Gewerbe-Ausstellung erfolgen kann, veranlaßten die offiziöse "Berl. Corr." zu einer Rechtfertigung, aus der erwähnenswerth ist, daß die Mindestzahl der zu entsendenden Arbeiter nunmehr auf zehn festgesetzt ist, die auch bei verschiedenen Arbeitgebern desselben Ortes und des gleichen Gewerbezweiges in Arbeit stehen können. Für die Fahrt werden besondere Karten mit der Bezeichnung "Arbeiterkarte zum Ausstellungsbau" und der Angabe der Gültigkeitsdauer ausgegeben. Der Begleiter erhält eine gleiche Karte. Diese Bestimmungen gelten auch für Arbeiter der Staatsbahnen-Werkstätten. Den Angehörigen des Fischereigewerbes ist Einzelkreise gestaltet.

— Wie aus Paris gemeldet wird, ist gegen den Urheber der gefälschten Beileidsdepesche des deutschen Kaisers an die Witwe Simon eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

* Karlsruhe, 10. Juni. Gestern unternahmen eine Anzahl Bantags-Abgeordneter einen Ausflug nach Badenweiler. Bei dem hier veranstalteten Mittagessen hielt unter anderem Finanzminister Dr. Buchenberger eine Ansprache, aus welcher die "Badische Landeszeitung" folgende Stelle hervorhebt:

Wir leben in einer politisch und wirtschaftlich sehr erregten Zeit, die man charakterisiren kann als die Zeit eines wirtschaftlichen Übergangsprozesses, ja als einen weltwirtschaftlichen Übergangsprozeß, unter dem wir so viel leiden, weil die Anpassung an die heutigen Verhältnisse noch nicht überall und vollständig möglich ist. In solchen Zeiten extönt der Ruf, daß der Staat ausgleichend und fördernd eingreifen soll. Dieser Ruf ist berechtigt und gut, und daß in Deutschland der Staat dies rechtzeitig erkannt und die Bahnen des gänzlichen Geschehenslassen verlassen hat, das wird sich als ein Segen für unser Volk erweisen. Weniger gut ist es, wenn jede neue Unbehaglichkeit gleich zum Ausgangspunkt einer heftigen Agitation gemacht wird, welche sofort die Maschinerie der Gesetzgebung in Bewegung setzen will, minder gut deshalb, weil solche Gesetze als Produkt des Augenblicks meist nicht halten, was man von ihnen erwartet. Es ist auch nicht gut, wenn man im Volle den gesetzgebenden Aktionen eine Art mystischer Wirkung zutraut, durch welche jedes Leid sofort zu beseitigen wäre. Wenn diese Strömung Oberwasser bekommen sollte, welche Alles bis ins Einzelne durch die Gesetzgebung regeln möchte, so wäre es sehr zu beklagen. Staatliche Interventionen, aber in vernünftiger Weise; Schutz, aber nur für wirklich wichtige Interessen und innerhalb dieser Grenzen mit weiser Abwägung des Maßes! Wenn man sich nicht auf diesen Grundsatz hält, kann man leicht dem Vorwurf der volkswirtschaftlichen Quacksalberei verfallen. Bei allem Schutz soll der Satz bestehen bleiben: Selbst ist der Mann!

* Karlsruhe, 10. Juni. Wie die "Bad. Landeszeitung" meldet, hat die Budgetkommission des Landtages heute die Vorlage betreffend den Karlsruher Rheinkanal und Kehlhausen mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen unter der Bedingung, daß der Staatszuschuß statt 2½ Millionen nur 2 Millionen betrage und daß die Stadt Karlsruhe die Unterhaltungskosten übernimmt.

* München, 10. Juni. Zu der Neuerzung des Prinzen Ludwigs von Bayern auf dem Feste der deutschen Kolonie in Moskau bemerkte die "Allg. Btg.", (früher in Augsburg) die Relys des Prinzen sei, sollte der Bericht darüber korrekt sein, durch die große Ungeschicklichkeit des Vorredners hervorgerufen worden. Prinz Ludwig habe, wie nicht anders zu erwarten, in seiner Antwort die deutsche Zusammengesetztheit entschieden. Dies werde die erwünschte Wirkung haben, daß an die Verwahrung nicht etwa gänzlich unberechtigte Kommentare gelnupft werden.

* Ansbach, 10. Juni. Nach amtlicher Feststellung erhielten bei der am 6. d. M. in dem Reichstagswahlkreis Ansbach-Schwabach stattgehabten Reichstags-Stichwahl Dr. Conrad (Wolfsb.) 7778 und Husnagel (tonl.) 7000 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Aus dem Gerichtsaal.

○ Lissa i. P., 10. Juni. [Schwurgericht.] Außer den bereits mitgetheilten kommen bei der diesmaligen Schwurgerichts-

periode noch folgende Sachen zur Verhandlung: Montag, 15. Junkt Kaufmann Wirth Jakob von hier wegen wissenschaftlichen Rechtsfehdes und Urkundenfälschung, Vertheidiger die Rechtsanwälte Dr. Bluczynski von hier und Bronner aus Berlin; am 16. Juni gegen die Arbeiterin Agnes Nalch zu Karsdorf wegen Kindesmordes und die Dienstmagd Marianna Reisch aus Koszyczki wegen Mordes.

* Kiel, 10. Juni. Das hiesige Oberlandesgericht verwarf heute die vom Redakteur und Verleger der "Flensburger Zeitung" eingelegte Revision gegen das Urteil des Flensburger Landgerichts, welches Jessen, der in einer Versammlung zum Boykott gegen die deutschen Kaufleute aufgerufen war, am 27. April wegen groben Unfugs zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt hatte.

* Hamburg, 10. Juni. In dem Prozeß gegen die Italiener Mecca und Salamone, die beschuldigt sind, im Jahre 1892 einer Witwe 10 Stück italienische Rente im Werthe von 150 000 M. gestohlen zu haben, wurden gestern und heute zahlreiche Zeugen auch aus Brüssel und Paris vernommen. Am Schlusse der Beweisaufnahme und der Plakovers, bei welchen der Staatsanwalt gegen jeden Anklägten 5 Jahre Gefängnis beantragt hatte, trat der Prozeß in ein neues Stadium ein. Der Angeklagte Mecca bat den sich zurückhaltenden Gerichtshof, noch zu bleiben und erklärte einen ganz neuen Verlauf der Angelegenheit. Der Sohn der Klägerin Mahmann erklärte viele dieser Angaben für richtig. Der Gerichtshof beschloß, die öffentliche Einsichtlichkeit der Presse auszuhilfen und entsprach schließlich dem Verlangen des Angeklagten Mecca, die Verhandlung auf 2 Tage auszuziehen.

Bermischtes.

† Aus der Reichshauptstadt, 10. Juni. Der deutsche Reichsanwalt hat nach Privatmeldungen das Schloß Kerle in der Bretagne, das seine Gemahlin vom Fürsten Wittgenstein erworben, verkauft.

Bei Hilfsaufseher vom Strafgefängnis zu Blöhensee sind in das Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert worden. Sie sollen sich von Gefangen heimlich Waaren haben aufzutragen lassen, die sie von Gefangen in ihrem Interesse verkaufen und den Gefangenen eine kleine Entschädigung dafür gewährt haben. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Ein gefährlicher Dieb und Einbrecher ist gestern früh durch einen Unfall in Blöhensee festgenommen worden. Ein Gendarm beobachtete dort einen etwa 20jährigen Menschen, welcher sich bettelnd umhertrieb. Die Feststellung der Persönlichkeit auf dem Amtsbureau erwies sich dadurch sehr schwierig, als der Sifte taubstumm war und weder lesen noch schreiben konnte. Man mußte daher versuchen, durch eine Visitation der Taschen Nähersetze über die Persönlichkeit zu erfahren, doch dies schien ihm nicht zu passen. "Ich bin nicht taubstumm, hab mich nur so gestellt", äußerte der Bettler, erregte jedoch durch seine plötzliche Haltung nur noch mehr Verdacht. Es wurden denn auch bei ihm verschiedene Diebstahlwerkzeuge, eine goldene Taschenuhr und 150 Brillen zur Gewerbe-Ausstellung vorgefunden. Die letzteren waren am vergangenen Sonnabend an einem Schalter des Bahnhofs in Steglitz gestohlen worden. In dem Bettler wurde ein Schloss Heinrich Wolf erkannt.

Ein eigenartiges Jubiläum beginnt die Gemeindevertretung von Schöneberg in ihrer gestrigen Sitzung: den Erinnerungstag an die vor fünfzig Jahren genau an demselben Sonntage abgehaltene erste Sitzung der nach Einführung der neuen Kreisordnung am 31. Mai ganz neu gewählten Ortsvertretung. Gleichermaßen konnten auch zwei der Schöneberger Gemeindeschöffen, die Herren Fritz Heyl und Wilhelm Hewald, ihre ununterbrochene fünfzigjährige ehrenamtliche Tätigkeit im Dienst der Gemeinde Schöneberg feiern, da sie aus jener ersten Wahl nach der neuen Kreisordnung am 31. Mai 1871 als Gemeindevertreter hervorgegangen sind und dann nach einer Reihe von Jahren zu Gemeindeschöffen gewählt wurden.

Ein Stiefelwuchs-Automat ist die neueste Erfindung, die jenseits des großen Wassers gemacht worden ist. Der Erfinder Dr. E. B. Wilh. in Washington hat einen solchen Apparat in einem renommierten Restaurant seiner Vaterstadt bereits aufgestellt, wo derselbe zur vollsten Zufriedenheit des Publikums arbeitet. Die Maschine sieht aus wie ein kleines Kabinett und ist sehr elegant gearbeitet. Sobald man seinen Nadel in der üblichen Weise in den Stiel gesteckt und den Fuß unter eine unten angebrachte Deckung gebracht hat, beginnt die Arbeit mit einem schwirrenden Geräusche, welches die horizontale Büste verurlacht und ehe man sich versieht, ist der Stiel gepunkt, gewellt und gegläntzt und zwar sehr gut und sauber. Sobald ein Stiel fertig ist, extönt einige rote aufeinander folgende Klopföpfe als Zeichen, daß der andere Fuß daran ist. Eine oben angebrachte Uhr zeigt an, wenn man auf der rechten, wenn auf der linken Seite wischen lassen muß. Die Maschine kann regulirt werden, sobald sie schneller oder langsamer arbeitet. Die gewöhnliche Zeit, um ein Paar Stiefel in höchster Eleganz zu wischen, dauert nur 1¼ Minuten.

Vorales.

Bozen, 11. Juni. Die Stadtverordneten genehmigten in ihrer gestrigen Sitzung des Weiteren die Kanalstruktur verschiedener Straßenzüge auf dem linken Wartheufer einschließlich der Überwölbung der Bogdanka an den noch offenen Stellen innerhalb der Stadt und bewilligten hierzu insgesamt 193 000 M. aus der Sanationsanleihe. Für die Erhebung der bereits früher genehmigten Geflügelsteuer wurden 6800 M. bewilligt, dagegen wurde die Magistratsvorlage, welche zur Durchführung einer ausreichenden Beleuchtung der Glacisstraße vom Berlinerth nach dem Güterbahnhof einen Beitrag zu den Kosten von 1000 M. verlangt, zur Vorprüfung an die Rechts- und Finanzkommission verwiesen. Bewilligt wurden sodann noch für je eine neue Klasse an der II. und V. Stadtschule sowie für zwei einzubauende Lehrkräfte zusammen 4500 M. und für die Einrichtung zu einer Badeanstalt für die Knaben- und Mädchen-Wassenanstalt auf dem Graben 1050 M. Zum Schluss vollzog die Versammlung eine Reihe von Wahlen in städtische Ehrenämter.

n. Beschlagnahmen wurden gestern 6 Hammen, die bei einem Viehtransport im Eisenbahnwagen erstickt waren. Die Kadaver wurden dem Zoologischen Garten überwiesen.

n. Diebstähle. Aus der Küche eines Hauses in St. Adalbertstraße wurden am 9. d. Mts. verschiedene Wäschestücke gestohlen. Ferner sind einem Fleischer in Wilda fünf Paar Lauben gestohlen worden.

Aus der Provinz.

rs. Rakow, 10. Juni. [Selbstmord im Gefängnis.] Gestern Abend wurde ein auswärtiger Mann in dieser Stadt wegen Betriebs verhaftet, wobei er dem betreffenden Polizeibeamten beständigen Widerstand leistete, so daß er schließlich gebunden werden mußte. In der Nacht gelang es jedoch dem Arrestanten in seiner Zelle, sich frei zu machen, worauf er sich an dem Fensterkreuze hängte. Der Selbstmörder, welcher Neugebauer heißt, ist erst vor Kurzem aus dem Buchthause entlassen worden, wo er eine längere Strafe wegen Brandstiftung verbüßt hatte, und stand

